



FÜR DIE FREIHEIT!

Im Iran reißen die Proteste nicht ab. Die Gewerkschaftsbewegung ruft zu Streiks auf

Nachdem die 22jährige Jina Mahsa Amini Mitte September an den Verletzungen gestorben war, die ihr auf einer Teheraner Polizeistation zugefügt worden waren, hat sich die Bevölkerung Irans gegen die Herrschaft der Mullahs erhoben. An der Spitze stehen die Frauen des Landes.



Das Regime schlägt mit aller Härte zurück. Mindestens 18.000 Verhaftungen und mindestens 500 von bewaffneten staatlichen Kräften ermordete Menschen zählten unabhängige Beobachter bis Ende November. Die Gerichte verhängten Todesurteile gegen Demonstranten.

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung Irans ist Teil dieser Erhebung für die Freiheit. Die Geschichte ihres Kampfes für Demokratie und die Rechte der Arbeitnehmer:innen ist lang. Zahlreiche aktive Gewerkschafter:innen sitzen in Haft, unter anderem im berüchtigten Trakt des Geheimdienstes im Evin-Gefängnis in Teheran. In den letzten Wochen streikten nach Angaben auf greenleft.org Arbeiter bei Asaluyeh Petrochemie, in der Abadan Raffinerie, bei Ney Steel, Shadgan Steel und in der Mahshahr Röhrenfabrik sowie in den Lamerd

Aluminiumwerken. Auch die Arbeiter der Haft Tappeh Zuckerfabrik waren im Ausstand. Die Website „Center for Human Rights in Iran“ zählte allein im November 20 Streiks in 12 der 31 iranischen Provinzen, darunter auch Teheran. Die Lehrer streikten ebenfalls und kündigten an, „den Protest so lange fortzusetzen, bis das Recht der Bevölkerung auf Protest anerkannt ist, alle Schüler bedingungslos freigelassen werden und zur Schule zurückkehren konnten, das System aufhört, die Bevölkerung und die Schüler zu töten und die berechtigten Forderungen des Volkes mit Kugeln zu beantworten.“ Bei Fertigstellung dieses Newsletters dauerten Widerstandsaktionen und Arbeitsniederlegungen an. In großen Teilen der Provinz Kurdistan ruhte, so Spiegel online Mitte November die Arbeit. Streiks wurden auch aus anderen Teilen des Landes gemeldet. Der Internationale Gewerkschaftsbund verurteilte bereits Anfang Oktober die Brutalität, mit der der iranische Staat gegen das Volk vorgeht und forderte die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter:innen und aller anderen politischen Gefangenen. Die Frauen, die Jugendlichen, die Arbeiter:innen Irans brauchen unsere Unterstützung.

Fordert in Briefen und Mails an die iranische Botschaft die sofortige und bedingungslose Freilassung aller inhaftierten Gewerkschafter:innen und aller anderen politischen Gefangenen!
Botschaft der islamischen Republik Iran
Podbielskiallee 67, 14195 Berlin,
info@iranbotschaft.de

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN





EDITORIAL

von Jürgen Kerner

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Russland führt seit zehn Monaten Krieg gegen die Ukraine, im Iran lässt das Regime Demonstrantinnen und Demonstranten niederknüppeln und sogar töten, in Belarus stehen unabhängige Gewerkschafter:innen weiter vor Gericht oder sind eingekerkert, in Pakistan setzte die Polizei gegen Krankenhauspersonal, das für bessere Arbeitsbedingungen demonstrierte, Wasserwerfer und Schlagstöcke ein und verhaftete 70 Protestierende. Viele weitere Beispiele ließen sich anfügen. Immer trifft es die Schwächeren, die Arbeiter:innen sowie diejenigen, die sich gewerkschaftlich organisieren und für die Rechte der Beschäftigten einset-

zen. Die Rechte der Gewerkschaften, der Arbeitnehmer:innen sind autoritären Regimen ein Dorn im Auge, oft genug wollen sie sie ausmerzen – und den mutigen Menschen, die sie einfordern, droht Kerker, Folter, Tod. Doch sie verstummen nicht, sie machen weiter, sie kämpfen für Freiheit und Gleichberechtigung, für ihre Rechte als Arbeitnehmer:innen. Als IG Metall unterstützen wir in Zusammenarbeit mit Amnesty International verfolgte Gewerkschafter:innen. Wir zeigen unsere Solidarität. Wir machen auf Schicksale aufmerksam. Wir fordern die Freilassung von Kolleg:innen, die wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit inhaftiert sind.

Helft mit! Nutzt die Möglichkeiten, die in dieser Ausgabe aufgezeigt sind.

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN



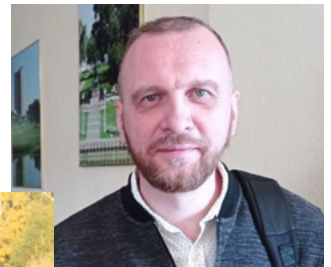


PROZESSWELLE IN BELARUS

Die Vereinigung Solidarnast (Solidarität), die Vertretung der Unabhängigen Gewerkschaftsbewegung von Belarus in Deutschland, meldet eine Reihe von Prozessen gegen unabhängige Gewerkschafter:innen. Namentlich nennt Solidarnast folgende Kolleg:innen:

Andrei Khanevich, Vorsitzender der Basisorganisation der unabhängigen Gewerkschaft BNP im Chemiekonzern Grodno Azot. Er wurde nach Informationen der Belarusian Independent Trade Union (BITU) am 15. November zu fünf Jahren Haft verurteilt. **Yanina Malash**, Mitglied der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter. Sie wurde nach Informationen von BITU am 15. November zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. **Valiantsin Tseranevich**, stellvertretender Vorsitzender der Basisorganisation der unabhängigen Gewerkschaft BNP bei Grodno Azot und neun weitere Kolleg:innen. Sie werden der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und des Hochverrats beschuldigt. Das Strafmaß kann bis zu 15 Jahren betragen. **Vasily Berasneu, Hennadz Fiadynich, Vatslau Areshka**, führende Mitglieder der Belarussischen Gewerkschaft der Radio- und Elektronikindustrie. Ihr Prozess sollte am 25. November beginnen. Ihnen wird Gründung einer extremistischen Vereinigung sowie Aufruf zu staatsgefährdenden Aktionen vorgeworfen. **Vitaly Chychmarou**, Mitglied der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter. Wegen Teilnahme an Protesten zu drei Jahren Hausarrest verurteilt.

Aliaksandr Mishuk, Vorsitzender der Basisorganisation der Belarussischen Unabhängigen Gewerkschaft (BNP) bei Belaruskali und stellvertretender Vorsitzender von BNP auf Ebene der Republik. Nach Informationen von BITU zu zweieinhalb Jahren Arbeitslager verurteilt. **Mikhail Hromau**, Sekretär der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter, wurde zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die Anklage hatte ihm Organisierung von Gruppenaktionen zur groben Störung der öffentlichen Ordnung



Vitaly Chychmarou



Yanina Malash



Mikhail Hromau

vorgeworfen. Alle genannten Gewerkschaften, die in Belarus als „extremistisch“ verfolgt werden, sind Mitglieder von IndustriALL Global Union. Wir bitten um Briefe oder Mails für die sofortige und bedingungslose Freilassung der Kolleg:innen und der vielen anderen inhaftierten unabhängigen Gewerkschafter:innen in Belarus.

Botschaft von Belarus,
Am Treptower Park 32,
12435 Berlin
oder per Mail an germany@mfa.gov.by
Weitere Informationen: www.solidarnast.info

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN





MELDUNGEN

aus Russland, Kasachstan, Pakistan, Südkorea...

Russland: Ukraintsev weiter in Haft

Die Untersuchungshaft gegen Kirill Ukraintsev, den Streikführer der Moskauer Kuriere von Delivery Hero und Yandex Food Delivery, ist bis zum 7. April 2023 verlängert worden. Das wurde über den Messenger-Dienst Telegram bekannt. Kirill war am 7. April im Zusammenhang mit einem Streik der Kuriere gegen Lohnkürzungen und bessere Arbeitsbedingungen sowie echte Arbeitsverträge festgenommen worden. Weitere Informationen und eine Petition für die Freiheit von Kirill Ukraintsev gibt es [hier](#).

Südkorea: Demo für Gesetzesänderung

In Seoul demonstrierten am 12. November 90.000 Gewerkschafter:innen für eine Änderung der Gewerkschaftsgesetze des Landes. Diese Gesetze untergraben die Rechte von Arbeitnehmer:innen, indem sie z. B. den Beschäftigten von Subunternehmen die Teilnahme an Lohnverhandlungen mit dem Hauptarbeitgeber verweigern. Außerdem schränken hohe Schadensersatzforderungen das Streikrecht ein. So sollen fünf Beschäftigte eines Subunternehmens bei der Schiffswerft Okpo in Geoje umgerechnet 35 Millionen Euro wegen der Teilnahme an einem Streik im Juni 2022 bezahlen. Das Exekutivkomitee von IndustriAll fordert die Regierung von Südkorea auf, das Gewerkschaftsgesetz umgehend so zu ändern, dass die Beschäftigten von Subunternehmen das Recht zu Lohnverhandlungen mit dem Hauptarbeitgeber erhalten, Arbeiter nicht wegen Gewerkschaftsarbeit verfolgt und nicht mit exzessiven Schadensersatzforderungen konfrontiert werden.

Kasachstan: 12 Jahre Haft für Gewerkschafter

Freedom-now.org informiert darüber, dass gegen den kasachischen Gewerkschaftsaktivisten Erzhan Elshibayev eine weitere Freiheitsstrafe verhängt worden ist. Erzhan wurde 2019 verhaftet und zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt, weil er für höhere Löhne und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingetreten war. Jetzt wurden gegen ihn wegen angeblichem Ungehorsam gegenüber den Gefängnisbehörden zusätzliche sieben Jahre Haft verhängt. Petition für seine Freilassung [hier](#).

IGB: Kampf gegen Angriffe auf Demokratie

Aus der Abschlusserklärung des Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der vom 17. bis 22. November 2022 in Melbourne/Australien stattfand: „Die Demokratie ist weltweit unter Feuer, angefangen bei der mörderischen Repression in Myanmar, über die Durchsetzung autoritärer Regime in Hongkong und Belarus, bis hin zur Destabilisierung politischer Prozesse in etablierten demokratischen Ländern, wo Konzerne zunehmend Macht ausüben und im Internet rechtsextreme Verschwörungsgeschichten, Desinformation und Destabilisierung um sich greifen. (...) Angriffe auf grundlegende Rechte überall auf der Welt unterminieren die Demokratie, verstärken Spaltung und Populismus und schwächen die Grundlagen der Gesellschaften. (...) Deshalb hat die Verteidigung und Förderung der Rechte der Arbeitnehmer:innen als fundamentale Menschenrechte für den Internationalen Gewerkschaftsbund erste Priorität.“

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN





Pakistan: Verhaftungen und Polizeigewalt

Am 11. November verhaftete die Polizei in Karachi nach brutalem Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken 70 Krankenschwestern und Ärzte des kommunalen Gesundheitswesens, die für bessere Arbeitsbedingungen demonstriert hatten. Außerdem forderten sie die Wiedereinführung einer Risikozulage als Teil ihres Gehaltes. Unter den Verhafteten befand sich Shamim Ara, die Generalsekretärin der Gewerkschaft der All Sindh Lady Health Workers & Employees Union, einer Mitgliedsorganisation von Public Services International (PSI), dem internationalen Zusammenschluss der Dienstleistungsgewerkschaften. Die Kolleg:innen wurden am Tag danach, die Ärzte nach zwei Tagen freigelassen. Public Services International verurteilt den gewalttätigen Übergriff der Polizei und verlangt von der pakistanischen Regierung die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Beschäftigten des Gesundheits-Sektors.

Belarus: IndustriAll fordert Freilassungen

Das Exekutivkomitee von IndustriAll Global Union hat auf seiner Sitzung im November die Auflösung der unabhängigen Gewerkschaften von Belarus durch den Obersten Gerichtshof des Landes verurteilt und fordert die sofortige Freilassung aller in Belarus inhaftierten Gewerkschafter.

Deutschland: Lieferkettengesetz kommt

Am 1. Januar 2023 tritt das Lieferkettengesetz in Kraft. Es verpflichtet die deutschen Unternehmen ab 3.000 Mitarbeiter:innen, auf die Einhaltung der Menschen- und Beschäftigtenrechte auch in den Unternehmen ihrer Lieferkette zu achten. Welche Aufgaben sich daraus für Arbeitnehmervertreter:innen ergeben, beschreibt ein Artikel in Boeckler Impuls Nr. 19, Seite 7. Er kann auf boeckler.de heruntergeladen werden.

Südkorea: LKW-Fahrer streikten

Die gewerkschaftlich organisierten LKW-Fahrer der Zementindustrie in Südkorea streikten Ende November und Anfang Dezember für einen Mindestlohn. Der koreanische Gewerkschaftsdachverband KCTU organisierte Arbeitsniederlegungen und Solidaritäts-Demonstrationen in 15 Städten des Landes. Die Regierung in Seoul reagierte mit einem Streikverbot. Wer nicht zur Arbeit zurückkehrte, dem drohten drei Jahre Gefängnis und eine Geldstrafe von bis zu 23.000 Euro. Unter diesem Druck entschieden die LKW-Fahrer in einer Urabstimmung, den Streik nach 16 Tagen zu beenden. Der Hintergrund des Konfliktes ist nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters der Versuch der Regierung, das Unternehmen Tesla zum Bau einer Giga-Factory in Korea zu bewegen. Kämpfende Gewerkschaften gelten ihr offensichtlich als Investitionshemmnis.

Kambodscha: Gewerkschafterin in Haft

Seit dem 26. November befindet sich Chhim Sithar in Kambodscha in Haft. Sie ist die Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten des Casino- und Hotelkomplexes NagaWorld. Deren Mitglieder befinden sich wegen Massenentlassungen seit Dezember 2021 im Streik. Im Januar 2022 war Chhim Sithar bereits einmal wegen „Anstiftung zu einer Straftat“ verhaftet worden, womit offensichtlich der Streik gemeint war. Amnesty International ruft zu Solidaritätsaktionen für die sofortige Freilassung von Chhim Sithar auf. Weitere Informationen findet ihr [hier](#).

EINLADUNG ZUR MITARBEIT

Workshop mit Amnesty International
14. Januar 2023, 10 bis 15 Uhr
IG Metall Vorstand Frankfurt
Anmeldung unter
amnesty@igmetall.de

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



IRAN - MENSCHENRECHTE OHNE CHANCEN

Nicht erst durch die große Protestwelle ab September 2022 ist deutlich geworden, wie umfassend die Verletzung der Menschenrechte im Iran ist. Das brutale Vorgehen gegen die Demonstrierenden ist aber lediglich die schlimmste Form der alltäglichen Unterdrückung.

Die iranische Regierung schlägt Proteste nieder, drangsaliert und inhaftiert Menschenrechtsverteidiger*innen, Menschen werden wegen ihrer friedlichen Meinungsäußerung inhaftiert und fürchten bei ihrer Teilnahme an Demonstrationen um ihr Leben. Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten sowie queere Menschen werden drangsaliert, Aktivist*innen für die Rechte von Frauen, Kindern oder Arbeiter*innen inhaftiert und zum Teil zu langen Haftstrafen verurteilt. Der Iran weist die zweithöchste Zahl von Hinrichtungen weltweit auf; die Todesstrafe kann u.a. wegen Delikten wie Drogenhandel oder Brandstiftung, bei Protesten gegen die Regierung und auch gegen Jugendliche verhängt werden.

Folter bei Verhören und in Gefängnissen ist die Regel. Nach der Verhaftung wird Gefangenen oft kein Zugang zu Familie und Rechtsbeistand gewährt. Sie dürfen sich danach meist auch nur durch einen Anwalt aus einer staatlich genehmigten Liste vertreten lassen. In Gerichtsverhandlungen werden Geständnisse, die unter Folter erpresst wurden, als Beweismittel zugelassen. Sicherheitskräfte und Gefängnisbeamte haben nichts zu befürchten, wenn sie brutal vorgehen, im Gegenteil, sie werden zu hartem Durchgreifen ermutigt.

Die Einschränkung der Menschenrechte durchdringt den Alltag: Frauen werden per Gesetz zu „Menschen zweiter Klasse“ gemacht, nicht nur durch den Kopftuchzwang. Sie brauchen z.B. das Einverständnis ihres Ehemannes oder

Vaters für eine Reise, dürfen nicht Richterin oder Präsidentin werden oder als Gesangssolistinnen auftreten und ihre Aussage vor Gericht zählt nur halb so viel wie die eines Mannes. Alle Medien und das Internet werden zensiert, eine Vielzahl von Medienportalen blockiert. Die Religionsgemeinschaft der Baha'i und politische Oppositionsgruppen sind verboten.

Auch die Rechte von Werktätigen sind erheblich eingeschränkt. Erst seit 2003 dürfen Arbeitnehmer*innen Gewerkschaften gründen oder ihnen beitreten. In der Realität werden unabhängige Gewerkschaften jedoch nicht zugelassen, auch Streiks sind nicht erlaubt. Ein Beispiel für die Unterdrückung gewerkschaftlicher Aktivität ist der Fall von Esmail Bakhshi, einem Arbeiterführer in einer Zuckerfabrik, und Sepideh Gholian, einer Aktivistin für Arbeiterrechte. Beide wurden bei einem Protest gegen nicht gezahlte Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen 2018 festgenommen und auf der Polizeistation mit Metallstangen geschlagen, beschimpft und erniedrigt. Später wurden ihre „Geständnisse“ im Fernsehen übertragen. Sie wurden u.a. wegen „Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“, „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ zu 7 bzw. 5 Jahren Haft verurteilt.

Trotz oder gerade wegen dieser Unterdrückung kommt es im Iran immer wieder zu größeren Protesten, denen sich auch in großem Umfang Arbeiter*innen anschließen. So häuften sich zuletzt Berichte über kollektive Arbeitsniederlegungen in wichtigen Schlüsselindustrien wie dem Gas- und Energiesektor. Die Bevölkerung wird immer unzufriedener und mutiger und zeigt durch offenen Widerstand, dass sie ein anderes politisches System will – eines das Freiheit und Menschenrechte achtet.

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



URGENT ACTION: IRAN

Iranisch-Deutsche Frauenrechtlerin Nahid Taghavi freilassen!

Nahid Taghavi ist eine iranisch-deutsche Frauenrechtlerin, die im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert ist. Seit ihrer Festnahme im Oktober 2020 musste sie monatelang in Isolationshaft. Sie wurde gefoltert.

In einem unfairen Gerichtsverfahren wurde sie wegen angeblicher Beteiligung an einer „illegalen Gruppe“ und wegen „Propaganda gegen den Staat“ zu zehn Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Von ihrer Verhaftung bis zur Verurteilung verbrachte Nahid Taghavi mehr als sieben Monate in Isolationshaft. Sie musste ohne Bett und Kissen auf dem Boden schlafen, wurde rund um die Uhr überwacht und durfte nur 30 Minuten pro Tag mit Augenbinde an die frische Luft. Am 4. August 2021 wurde Taghavi von einem iranischen Gericht zu zehn Jahren Haft wegen der angeblichen Beteiligung an einer „illegalen Gruppierung“ verurteilt sowie zu acht Monaten wegen „Propaganda gegen den Staat“. Diese Anklagen sind konstruiert. Im Juli 2022 wurde Nahid in den dringend benötigten medizinischen Hafturlaub entlassen. Die lange Haft und die desaströsen Haftbedingungen haben ihren Gesundheits-

zustand massiv verschlechtert. Am 13. November 2022 musste sie wieder ins Gefängnis, obwohl ihre medizinische Behandlung noch nicht abgeschlossen ist. Die erneute Inhaftierung von Nahid erfolgte unmittelbar auf die Ankündigung der deutschen Regierung, weitere Sanktionen gegen die iranische Regierung zu verabschieden. Amnesty International betrachtet Nahid Taghavi als gewaltlose politische Gefangene, die allein wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit festgehalten wird. Sie muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

**Fordere
Nahid Taghavis
Freilassung**
Schreibe eine Mail an den
iranischen
Botschafter in
Deutschland!

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



PETITION KATAR

Katar und FIFA müssen Arbeitsmigrant:innen entschädigen

Die Fußball-WM der Männer in Katar ist zuende. Und für die FIFA und Katar tickt die Uhr, Arbeitsmigrant:innen, die diese WM erst ermöglicht haben, für die Ausbeutung und weitere Menschenrechtsverstöße zu entschädigen.

Im Mai diesen Jahres startete ein Zusammenschluss von Menschenrechtsorganisationen – darunter Amnesty International –, Fangruppen und Gewerkschaften die weltweite Kampagne #payupfifa. Darin fordern wir Katar und die FIFA auf, Arbeitsmigrant*innen für die Menschenrechtsverletzungen zu entschädigen, denen sie im Zusammenhang mit der Umsetzung der Fußball-Weltmeisterschaft ausgesetzt sind.

Folgende Maßnahmen sollen die FIFA und Katar dringend ergreifen:

- Bekennen Sie sich öffentlich zu einer Entschädigung aller vergangener, aber bisher nicht entschädigter, Verstöße, die mit der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Verbindung stehen.
- Arbeiten Sie gemeinsam an der Einführung und Implementierung eines Entschädigungsprogramms, um die Hundertausenden von Arbeitsmigrant*innen und ihre Familien zu entschädigen.
- Stellen Sie genügend finanzielle Mittel zur Finanzierung dieses Entschädigungsprogramms zur Verfügung.

Fußballvereine, Fangruppen und Sponsoren der Fußball-WM unterstützen unsere Kampagne in der Öffentlichkeit. Unsere weltweite Meinungsumfrage hat ebenfalls gezeigt, dass die Kampagne von der großen Mehrheit der Öffentlichkeit unterstützt wird – trotzdem haben weder die FIFA noch Katars Regierung bisher Verantwortung übernommen und Entschädigungen zugesagt. Die Zeit drängt: Unterzeichne jetzt die Petition und fordere Katar und die FIFA auf, umgehend zu handeln. Wir wenden uns mit der Petition an den Arbeitsminister von Katar Dr. Ali bin Samikh Al Marri und den Präsidenten der FIFA Gianni Infantino.

Fordere hier Entschädigung für die Menschen in Katar.

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



KATAR: BRIEFING ZU ARBEITSRECHTEN

Neues Amnesty International Briefing zu Arbeitsrechtreformen

Die katarischen Behörden müssen sich weiterhin zur Erfüllung des Versprechens von Arbeitsreformen im Zuge der Männer-Fußball-WM und darüber hinaus verpflichten, fordert Amnesty International anlässlich der Veröffentlichung des letzten Kurzberichts vor Beginn der Männer-Fußball-Weltmeisterschaft 2022 *Unfinished Business: What Qatar must do to fulfill promises on migrants workers' rights*.

Amnesty International stellt einen 10-Punkte-Plan vor, um weiterhin vorhandene Missstände anzugehen. Katar muss unter anderem Zwangsarbeit beenden, Todesfälle untersuchen, Gewerkschaften zulassen und zusammen mit der FIFA einen Entschädigungsfonds für geschädigte Arbeitsmigrant*innen einrichten.

Viele Arbeitsmigrant*innen, besonders Hauspersonal in Privathaushalten und Mitarbeiter*innen im privaten Sicherheitssektor, arbeiten weiterhin unter Bedingungen, die teilweise Zwangsarbeit gleichkommen: Hausangestellte arbeiten typischerweise zwischen 14 und 18 Stunden am Tag, ohne einen wöchentlichen Ruhetag und sind in den Privathaushalten von der Außenwelt abgeschottet. Mitarbeiter*innen von privaten Sicherheitsfirmen wird außerdem regelmäßig wochen- oder monatelang der

Ruhetag gestrichen und sie sind gezwungen, unter Androhung von Strafe zu arbeiten.

Nach wie vor ungeklärt sind Tausende von Todesfällen von Arbeitsmigrant*innen der letzten zwölf Jahre und darüber hinaus, die sich teils auf WM-Baustellen zugetragen haben. Wahrscheinlich sind Hunderte dieser Fälle zurückzuführen auf das Arbeiten in der sengenden Hitze Katars. Die katarischen Behörden haben bislang wenig getan, um die Todesfälle von Arbeitsmigrant*innen, zu untersuchen, die Todesursache zu bestätigen oder Entschädigungen an die Angehörigen zu zahlen.

Amnesty International hat Fälle dokumentiert, in denen Arbeitgeber*innen ihre Machtposition über das Stornieren von Visa, die Verweigerung der Erneuerung von Aufenthaltsgenehmigungen und das Anzeigen wegen „unerlaubten Verlassens des Arbeitsplatzes“ ausgenutzt haben, um diejenigen auszubeuten und zu bestrafen, die sich über die Arbeitsbedingungen beschwerten oder die ihren Job wechseln wollten.

Um sich für die Arbeiter*innen in Katar einzusetzen, kann man hier die Petition unterschreiben und Entschädigung für die Menschen in Katar fordern.

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER:INNEN

